

Wahlprüfstein DIE LINKE

Nationales Netzwerkes Frauen und Gesundheit

**Fenskeweg 2
30165 Hannover**

Wahlprüfsteine des Nationalen Netzwerkes Frauen und Gesundheit

Das Nationale Netzwerk Frauen und Gesundheit, ein Zusammenschluss von 17 Organisationen und Netzwerken, die bundes- oder landesweit zum Thema Frauen-/Mädchengesundheit arbeiten, fordert die Parteien auf, folgende Thematiken in der nächsten Legislaturperiode zu bearbeiten und sich dafür einzusetzen.

Wahlprüfstein 1: Einrichtung eines Bundesinstitutes Geschlecht und Gesundheit nach kanadischem Vorbild

1. Ist Ihre Partei bereit, exzellente geschlechtergerechte Forschung als Voraussetzung für geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und Prävention/Gesundheitsförderung - und damit zum Abbau geschlechtsbezogener Ungleichheiten in der Gesundheit - systematisch und nachhaltig zu fördern?

Frauen und Männer erkranken nicht gleich. Auch sind gesundheitliche Belastungen über das Umfeld und die Lebenswelt andere. Diese Analyse ist nicht neu, wird zaghaf, aber immer besser erforscht. Nur kommt noch zu wenig davon in der Versorgungsrealität an. Nach unseren Informationen wenden etwa 25 Prozent der Ärztinnen und Ärzte Aspekte der Gendermedizin nach Selbstauskunft an. Der Schlüssel zum Transfer in die Praxis liegt unseres Erachtens in den Leitlinien und in den Fortbildungen der Medizinerinnen und Mediziner. Hierauf hat der Bundestag freilich nur einen sehr begrenzten Einfluss. Die Forschung bleibt aber auch wichtig: Im Rahmen von weiteren Forschungsprojekten müssen natürlich auch die halbwegs etablierten Gendermedizin-Felder wie z.B. kardiovaskuläre Erkrankungen, Osteoporose oder Depression besser erforscht und in anderen Feldern -Grundsteine gelegt werden.

2. Wie steht Ihre Partei zum Aufbau einer bundesweiten Struktur für Geschlechtergerechtigkeit in Gesundheitsversorgung und Prävention nach dem Vorbild des kanadischen Instituts Gender and Health?

Wir sind dafür, die Forschung weiter auszubauen und sehen gerade bei der Gendermedizin einen großen öffentlichen Forschungsbedarf. Wir sehen das kanadische Institut durchaus als ein Beispiel, wie man das Thema nach vorne bringen kann. Allerdings stellt sich weniger die Frage danach, inwiefern man ein solches Institut unabhängig von anderen Einrichtungen gründet, oder dafür sorgt, dass etwa im IQWiG oder dem RKI für Gendermedizin im Kontext zu deren spezifischen Aufgaben mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es wäre also genau zu prüfen, auf welche Weise das Anliegen, die Forschung voranzutreiben am besten umgesetzt werden kann.

3. Ist Ihre Partei bereit, sich im Falle ihrer Beteiligung an Koalitionsverhandlungen für den Aufbau eines Instituts Geschlecht und Gesundheit unter partizipativer Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Akteure und Akteurinnen aus Politik, Wissenschaft, Gesundheitsversorgung und der Bevölkerung einzusetzen?

Wir sind bereit, uns für mehr öffentliche Forschung in diesem Bereich einzusetzen, ganz gleich, ob in einer Koalition oder in der Opposition. Ob der Aufbau eines eigenen Instituts dafür der beste Weg ist, also ob auf diese Weise die Forschung am effektivsten gestärkt werden kann, wollen wir gerne prüfen.

Wahlprüfstein 2: Gesundheitliche Versorgung gewaltbetroffener Frauen

4. Wie will Ihre Partei die Defizite in der medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen beheben?

Sicherer, schneller und bedarfsgerechter Schutz und qualifizierte Hilfe, zum Beispiel in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen sowie Beratungsstellen, muss den Betroffenen zugänglich sein - unabhängig von körperlichen Beeinträchtigungen, ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer Lebenssituation. Darüber hinaus ist eine wohnortnahe und niedrighschwellige Versorgung für Gewaltbetroffene in Rettungstellen und ambulanten medizinischen und psychotherapeutischen Einrichtungen als mögliche Schnittstellen in das Hilfesystem dringend notwendig. Nicht nur gewaltbetroffene Frauen betreffend gibt es Mängel bei der Versorgung in Krisensituationen, insbesondere in der Psychotherapie. Hier brauchen wir schneller erreichbare und verfügbare Hilfe.

Oftmals sind es Rettungskräfte, Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte oder andere Beschäftigte im Gesundheitswesen, mit denen Frauen, die sexuelle, körperliche oder psychische Gewalt erfahren haben, als erstes in Kontakt treten. Diese Berufsgruppen

müssen stärker sowohl für die Erkennung von Symptomen sensibilisiert als auch im psychosozialen Umgang mit Opfern von Gewalt geschult und fortgebildet werden. Es kommt aber nicht nur auf gut qualifiziertes, sondern auch auf ausreichend Personal an, denn neben der medizinischen Versorgung sind insbesondere Ruhe und Gespräche notwendig, wofür leider oftmals im hektischen Arbeitsalltag zu wenig Zeit ist.

Wahlprüfstein 3: Prävention gewaltbedingter Gesundheitsbelastungen bei Frauen und Kindern

5. Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei erreichen, dass geeignete Präventionsstrategien gegen gewaltbedingte Gesundheitsbelastungen bei Frauen und Kindern auch unter derzeitigen Bedingungen des Präventionsgesetzes und der Bundesrahmenempfehlung anerkannt und förderungswürdig werden?

Häusliche Gewalt ist noch immer ein Tabuthema und zu wenig auch im politischen Bewusstsein als langfristiges Gesundheitsrisiko. DIE LINKE befürwortet die Förderung entsprechender Präventionsmaßnahmen. Unter anderem sollten Ärztinnen und Ärzte gezielt darauf geschult werden, Zeichen körperlicher Misshandlung zu erkennen sowie qualifiziert und sensibel anzusprechen. Das gleiche gilt etwa für Polizistinnen und Polizisten und andere Gruppen, die für eine Erstsprache in Frage kommen. Zudem sollte mit die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, über die Präventionsmaßnahmen gemäß Präventionsgesetz finanziert werden, eine Kampagne über die kurz- und langzeitigen Folgen von häuslicher Gewalt informieren. Auf die Rahmenempfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz haben wir als Partei keinen direkten Einfluss. Die entscheidenden Organisationen sind die Kranken- und Pflegekassen sowie die Unfall- und die Rentenversicherung. Die Rahmenempfehlungen schließen eine Förderung von Präventionsmaßnahmen aber nicht generell aus.

6. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass durch eine Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes gesetzliche Maßnahmen zur Prävention gewaltbedingte Gesundheitsbelastungen bei Frauen und Kindern im Rahmen aufgenommen werden?

DIE LINKE hat seit Langem die Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention gefordert. Leider bietet das Präventionsgesetz viel zu wenig Anreize, um das wichtige Ziel, die sozial- und geschlechtsbezogenen Unterschiede von Gesundheitschancen zu verringern. Statt vorrangig mit Appellen auf die Eigenverantwortung der Menschen abzielen, wäre es besser, die Lebenswelten (Settings) gesundheitsförderlich zu gestalten. Wir sehen dies als gesamtpolitische Aufgabe (health in all policies-Ansatz der WHO) und bei den Krankenkassen nicht gut angesiedelt.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) benennt das Ausmaß der ökonomischen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen als Gradmesser für häusliche Gewalt. Das gilt ähnlich auch für andere sozial bedingte Gesundheitsunterschiede, die häufig Frauen und Männer in unterschiedlichem Maße betreffen. Letztlich sind diese unterschiedlichen Gesundheitschancen effektiv nur durch eine gerechte Politik wirksam zu bekämpfen, die die soziale Kluft verringert.

Es braucht daher ein grundlegend anderes Verständnis von Gesundheitsförderung, die nicht vor allem die sogenannte Eigenverantwortung, sondern die gesellschaftlichen Ursachen für Gesundheit und Krankheit in den Blick nimmt.